

Ein Kampfmandat wurde zur Aufklärungsmission. Trotzdem: Gefährlich bleibt es. Ein Besuch abseits der großen Politik.

VON SABINE LUDWIG

Masar-i Scharif. Ein Sonntag vor Weihnachten. Es ist kalt. Unter Null am frühen Morgen. Diesiges Grau verhüllt die Hügelkette des Marmal-Gebirges. Das deutsche Feldlager an den Ausläufern trägt seinen Namen: Camp Marmal. Hier sind rund 1000 deutsche Soldaten stationiert, zehn Prozent davon sind Frauen. Gemeinsam mit Streitkräften weiterer 22 Nato-Mitgliedsstaaten versehen sie hier ihren Dienst. Insgesamt etwa 2000 Männer und Frauen. Auf einer Fläche so groß wie 500 Fußballfelder.

Claudia V. gehört zum deutschen Kontingent. Zuhause ist die geborene Altöttingerin in der Werdenfeller Kaserne in Murnau stationiert. Bei den Fernmeldern. Normalerweise. Doch seit Anfang November dient sie in Afghanistan. Bis Ende März. Es ist ihr erster Auslandseinsatz.

„Resolute Support“ – so nennt sich die 2015 begonnene Nato-Ausbildungsmission, zu der auch die Deutschen gehören. Afghanische Sicherheitskräfte sollen fit gemacht werden, um selbst ihr Land zu schützen. Gegen die Taliban, gegen Radikalislamisten, gegen fanatische Splittergruppen.

Inspiziert wurde die 23-Jährige vom Vater, einem Offizier. Bereut hat es die Oberstabsgefreite bis heute nicht. Als Ausgleich zum anstrengenden Lagerleben macht sie Sport. „Wann immer es die Zeit erlaubt“, ergänzt sie. Denn für die Soldatinnen und Soldaten, die auf Auslandsmission sind, gilt 24/7. Das heißt: die ständige Einsatzbereitschaft. Freie Tage oder Urlaub gibt es währenddessen nicht. Claudia V. vermisst die Berge von zu Hause. Die gehören zu ihrem Leben dazu. Deswegen wollte sie heimatnah eingesetzt sein. „Murnau passte. Da gibt es Gebirge“, lacht sie. Gleich nach der Mittleren Reife in Altötting wollte sie raus. In die Natur. „Und zugleich ins warme Büro!“

Auf dem Laufband in der kargen Sporthalle erinnert sie sich,



Der Weihnachtsbaum vom Camp Marmal.

Verteidigungsministerium prüft Löschung von Handydaten

Berlin. Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) will mögliche Fehler in ihrem Ministerium bei der Löschung von Handydaten ihrer Vorgängerin aufklären lassen. Es gebe „erhebliche Fragezeichen“ zum Umgang mit dem Mobiltelefon der früheren Ressortchefin Ursula von der Leyen, sagte ein Sprecher. Kramp-Karrenbauer wolle deshalb bis zum 3. Januar wissen, wer die Löschung veranlasst hat, wann sie stattfand, wo sich das Telefon nun befindet und warum die Daten nicht für den Untersuchungsausschuss des

Bundestags gesichert wurden. Die Löschung ist brisant, weil der Untersuchungsausschuss zur sogenannten Berateraffäre die Handydaten als Beweismittel angefordert hatte. Kramp-Karrenbauers Sprecher kündigte an, dem Untersuchungsausschuss die Ergebnisse der internen Prüfung vorzulegen. Dies solle spätestens bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses am 16. Januar erfolgen.

Oppositionspolitiker hatten den Verdacht geäußert, das Ministerium habe mit der Löschung der Handydaten Beweismittel vernichtet. **afp**

1200 politisch motivierte Straftaten gegen Amtsträger

Berlin. Die Behörden in Deutschland haben 2019 mehr als 1200 politisch motivierte Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger verzeichnet. Die meisten der politisch zuzuordnenden Übergriffe seien von Rechtsextremen verübt worden, heißt es in der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion. Insgesamt 440 der 1241 Übergriffe seien dem rechtsextremen Spektrum zugerechnet worden.

Weitere 246 Angriffe gingen auf das Konto von Linksextremisten, sechs seien religiös und elf durch „ausländische Ideologie“ motiviert gewesen, heißt es in der Regierungsentwurf, über die zuerst „Die Welt“ berichtet hatte. In 538 Fällen hätten die Angriffe keiner der Kategorien zugeordnet werden können. Aus der Antwort auf die FDP-Anfrage geht außerdem hervor, dass im laufenden Jahr CDU-Politiker am häufigsten angegriffen wurden. **afp**

Weihnachten im Krisengebiet

2000 Soldaten sind im Camp Marmal in Afghanistan stationiert. Sie feiern das Fest fernab der Heimat.



Bundeswehr in Afghanistan: Auch in dem zentralasiatischen Land wird Weihnachten gefeiert, während der Geschäftsbetrieb weiter läuft.

FOTOS: ENRIC BOIXADÓS

wie oft sie in der Ausbildung schon an ihre Grenzen gekommen ist. Immer hart am Limit. Nicht aufgeben, lautete ihre Devise. Die langen Wald- und Wiesennärsche in der Heimat. Mit viel Gepäck. Um die 40 Kilo! Rucksack, Waffe, Helm und Schutzweste. Schießen, Marschieren, Schießen – manchmal auf Zeit! Da kommt was zusammen. Die Schinderei kommt ihr hier zugute. Fast jeden Abend trainiert sie. Auch als Ausgleich zur Tristesse und zum Einerlei des Lagerlebens.

Und später eine Familie gründen

Weihnachten. Claudia V. wird an zu Hause denken. Und viel skypen. Mit der Familie in Altötting und natürlich mit dem Freund, auch einem Soldaten. Die Zukunft spielt eine große Rolle. Sie möchte Berufssoldatin werden. Einen Laufbahnwechsel machen, die Feldwebelkarriere einschlagen. Und auch weiter bereit sein für Auslandseinsätze. Unbedingt. Und später Kinder bekommen. Eine Soldatenfamilie gründen. Das ist ihr Traum. Die Voraussetzungen dafür hat sie: Afghanistan ist kein Ponyhof.

Auf dem Rollfeld dröhnen die Rotoren. Daniel P. zieht den CH-53 GS nach oben. Regelmäßig fliegt der Helikopterpilot aus dem unterfränkischen Königsbach nach Kundus. Manchmal auch bis nach Kabul oder ins entlegene Maimana. Es ist der schwerste Hubschrauber der Bundeswehr, das GS bedeutet „German Special“. Zwei Buchstaben, die für die beiden erkennbaren Zusatzanks an den Flanken stehen. Der CH-53 agiert im Tiefflug. Bei Transportflügen besteht die Crew aus sieben Personen: Zwei Piloten, ein Ingenieur, ein Bordtechniker und drei Door-

gunner. Letztere sichern hinter Daniel P. aus den Seitenfenstern heraus und hinten von der Rampe aus mit schweren Maschinengewehren den Flug.

Der Hubschrauber steht im Hangar immer komplett einsatzbereit zur Verfügung. „Tag und Nacht. Innerhalb von 30 Minuten sind wir flugfertig“, ergänzt Oberstleutnant Tobias H., Leiter der Crew. Im Fall von Verletzten fliegt Isabell H. mit. Für die Bundeswehrärztin, die in Würzburg Medizin studierte, ist es der zweite Einsatz am Hindukusch.

Pilot zu werden sei schon immer sein Traum gewesen. „Und die Bundeswehr hat zur Erfüllung dieses Wunsches erheblich beigetragen“, sagt Daniel P. Seit 2007 ist der 30-Jährige dabei. „Offizierslaufbahn. 2008 fing ich mit dem Studium der Elektrotechnik an der Bundeswehr-Universität in München an.“ Genau wie ein Teil seiner Crew ist er am Fliegerhorst Schönwalde in Branden-

burg stationiert. Brenzlige Situationen hat Daniel P. noch nicht erlebt. Im Unterschied zu Tobias H., der schon einmal während eines früheren Einsatzes unter Beschuss geriet. „Dann funktioniert man nur noch und wendet das Gelernte an. Das Rekapitulieren kommt später“, sagt der zweifache Familienvater. Zur Pilotenausbildung gehören auch Lehrgänge: Überlebenstraining, Agieren in Gefangenschaft, Einsatzvorbereitung.

„Je länger man fliegt, umso größer ist die Gefahr“, ergänzt Daniel P. Und gibt zu, dass seine Mutter immer noch Bauchschmerzen hat, wenn der Sohn in den Einsatz geht. Abends trifft sich der Franke gern neben dem Hangar im „Heli-Inn“, dem Treffpunkt der Air-Wing-Crew, zu der er gehört. „Ich vermisse meine Freundin und die Freunde zu Hause. Und einen guten Döner!“, lacht er und nickt der Kameradin und den Kameraden zu. „Hier

funktionieren wir als eingespieltes Team, und das ist wichtig.“ An den Weihnachtsfeiertagen ist er wieder zu Hause.

An seine Oma, die am Chiemsee lebt, denkt auch Kamerad Christian H. „Wir telefonieren einmal pro Woche. So richtig altmodisch eben, nicht wie die anderen, die skypen.“ Und solange der Enkel im Auslandseinsatz ist, guckt die 97-Jährige auch keine Nachrichten. „Das würde sie nur unnötig aufregen“, erklärt der in der Volkacher Mainfranken-Kaserne stationierte Hauptmann. „Aber sie weiß, dass ich gut auf mich aufpassen kann.“

Draußen lauert der Tod

Zu so genannten Zwischenfällen kommt es immer wieder. Anschläge, Schusswechsel, Explosionen, Granaten und Mörser. Meistens trifft es die lokalen Sicherheitskräfte und Zivilisten. Mehrere Dutzend Menschen sterben jede Woche. Draußen, jenseits der hohen Mauern, lauert der Tod. Daran hat sich nichts geändert. Aber auch innerhalb der Kasernen kann es zu Anschlägen kommen.

Dr. Nicola W. ist Oberstveternär. Die Aufgaben der Fürstfeldbrückerin sind vielseitig: Lebensmittelüberwachung, Hygieneberatung, die Untersuchung der Wasserqualität. Außerdem wacht sie über das Wohlbefinden von fünf Hundstuden, die zurzeit in Camp Marmal stationiert sind: „Zwei deutsche und zwei kroatische Hunde sowie ein holländischer Vierbeiner.“ Die in der Havellandkaserne in Potsdam stationierte 49-Jährige hat schon einige Auslandseinsätze hinter sich: Kosovo, Afghanistan, Mali.

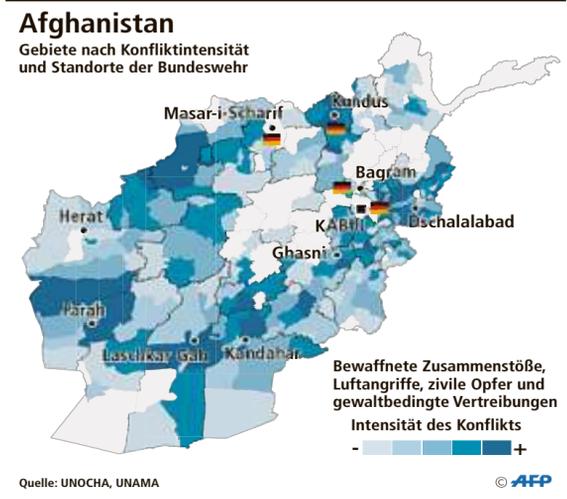
Der Abschied fällt schwer. Sie spricht von „gelebter Kameradschaft“: „Man hat seine Einsatzfa-

milie. Wenn das Team passt, ist die Aufgabe sehr erfüllend. Wie jetzt!“. Seit 2006 ist sie Berufssoldatin. Natürlich, sie freut sich auf das Zuhause in Fürstfeldbruck, auf ihren Mann, ihre Katze. „Wenn ich weg bin leidet mein Mann mehr als ich. Denn ich bin ja abgelenkt“, gibt die frühere Amtstierärztin zu. Und sie hat gelernt, einiges zu schätzen, was in Deutschland selbstverständlich ist: „Zum Beispiel das sichere Trinkwasser. Außerdem gibt es keine Minen, auf die man tritt.“ Und sie schwärmt von der eigenen Dusche daheim.

Es wird Nacht im Camp Marmal. Claudia V. hat ihr Training beendet. Gleißende Scheinwerfer erhellen die Außenmauern mit dem dichten Stacheldrahtnetz. Und da ist er! Auf dem Weg zum Schlafcontainer läuft sie an ihm vorbei. Ein wenig gebeugt steht er da, fast unscheinbar, mit verhaltener elektrischer Beleuchtung: ein Weihnachtsbaum!



Sie liebt die Berge ihrer Heimat: Soldatin Claudia V. aus Altötting.



Nato will wieder mit Putin ins Gespräch kommen

MILITÄRBÜNDNIS Generalsekretär Jens Stoltenberg möchte Beziehungen verbessern

Brüssel. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg ist zu einem persönlichen Gespräch mit Russlands Präsidenten Wladimir Putin bereit. „Wenn der Rahmen stimmt, würde ich mich mit Präsident Putin treffen“, sagte Stoltenberg. Gerade in Zeiten, in denen es Schwierigkeiten gebe, sei es wichtig, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen.

Stoltenbergs Äußerungen gelten als relevant, weil die Fronten zwischen der Nato und Moskau seit 2014 völlig verhärtet sind und es auf Spitzenebene bereits seit Jahren keine Treffen mehr gibt. Russland wird vorgeworfen, die ukrainische Schwarzmeerhalbinsel Krim völkerrechtswidrig annektiert zu haben und die prussischen Separatisten in der Ostukraine zu unterstützen. Russland hingegen kritisiert die Nato-Osterweiterung und die infolge der Ukrainekrise beschlossene Stationierung von Bündnisstruppen in den früheren Sowjetrepubliken.

Im Zuge der Spannungen wurde vonseiten der Nato die komplette praktische Kooperation eingefroren. Auf politischer Ebene kommt es zwar seit 2016 wieder zu Treffen des Nato-Russland-Rates. Sie sind allerdings unregelmäßig und werden nur auf Botschafterebene abgehalten.

Stoltenbergs Signal der Gesprächsbereitschaft erfolgt kurz nach einer öffentlichen Ermunterung von US-Präsident Donald Trump. Dieser hatte Anfang Dezember am Rande des Nato-Gipfels in London gesagt, er denke nicht, dass es in irgendeiner Art und Weise ein Problem wäre, wenn Stoltenberg mit Russland sprechen würde.

Aus seiner Sicht sei es möglich, „eine sehr gute Beziehung zu Russland“ zu haben, betonte Trump. Die Nato sollte immer mit Russland im Gespräch sein. Eine ähnliche Position vertreten schon seit längerem auch Deutschland und Frankreich. Die Bundesregierung gehörte so etwa



Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg in Brüssel. FOTO: DPA.

zu den treibenden Kräften hinter der 2016 erfolgten Wiederbelebung des Nato-Russland-Rates.

Der frühere deutsche Außenminister Sigmar Gabriel begrüßte die Stoltenberg-Äußerungen mit den Worten „Gut so!“. Die Nato müsse immer beides zeigen: die Fähigkeit zur Verteidigung ebenso wie den Willen zu Dialog und Abrüstung, kommentierte er. Vor allem mittel- und osteuropäische Staaten dürften die Entwicklung allerdings kritisch sehen. Sie warnen, solange der Ukrainekonflikt nicht gelöst sei, dürfe es keine Rückkehr zu „business as usual“ geben.

Stoltenberg sieht dies nicht anders, betont aber die Bedeutung

des Dialogs. „Russland ist unser größter Nachbar und das wird auch so bleiben“, sagte er. Selbst wenn sich die Beziehungen nicht verbessern sollten, müsse man in der Lage sein, eine schwierige Beziehung zu managen.

Der Generalsekretär kündigte zudem an, dass die Beziehungen zu Russland vermutlich auch Teil des geplanten Reflexionsprozesses zur politischen Arbeit des Bündnisses werden sollen. Dafür hatten sich zuletzt Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzlerin Angela Merkel ausgesprochen. Wie ein geeigneter Rahmen für ein Treffen mit Putin aussehen könnte, sagte Stoltenberg nicht. **Ansgar Haase**

Brücke zur russisch besetzten Krim für Züge frei

Mit einer Zugfahrt auf der längsten Brücke Russlands und Europas hat Präsident Wladimir Putin den Bahnverkehr zur Schwarzmeer-Halbinsel Krim freigegeben. Das russische Staatsfernsehen zeigte in einer Live-Sendung, wie Putin zuerst beim Lokführer in der Kabine stand. „Pojechali“ – „Los geht’s“, sagte er. Eine echte „Schönheit“ sei die Brücke, die erstmals seit 2014 nun wieder Bahnfahrten auf die Krim ermöglicht. Die EU und die USA

kritisieren das Bauwerk als illegal, weil die Krim völkerrechtlich zur Ukraine gehört. Die Ukraine, die den Zugverkehr von ihrem Kernland aus nach der Annexion eingestellt hatte, verhängte Sanktionen gegen die Baufirmen. Putin dagegen zeigte sich überglücklich: „Das ist nicht nur die größte Brücke Russlands, sondern von ihrer Ausdehnung her auch die größte Brücke in Europa“, betonte er. **dpa**

Bundesregierung lehnt Habecks Kinder-Vorstoß ab

Berlin. Die Bundesregierung hat Forderungen nach einer Aufnahme von Minderjährigen aus den überfüllten griechischen Flüchtlingslagern abgelehnt. Die stellvertretende Regierungssprecherin Ulrike Demmer sagte, man suche nach einer europäischen Lösung. Zuvor hatten Vertreter des Bundesinnenministeriums einen nationalen Alleingang abgelehnt. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) nannte die Forderung von Grünen-Chef Robert Habeck nach einer Aufnahme „unredliche Politik“. Habeck hatte am Wochenende den Ruf seiner Partei nach einer humanitären Geste wiederholt. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums hatte zuvor eingeräumt, die Lage der Flüchtlinge auf den griechischen Inseln sei „prekär“ und „nicht tragbar“. Es bestehe aber für sie nicht unmittelbar Lebensgefahr. **epd**

Baschir muss wohl vor Gericht

Frankfurt/Den Haag. Der frühere sudanesischer Präsident Omar al-Baschir soll Medienberichten zufolge wegen Verbrechen in der Bürgerkriegsregion Darfur angeklagt werden. Generalstaatsanwalt Tajelsir al-Hibiri sagte laut einem Bericht des Exil-Senders Radio Dabanga, gegen Baschir und 54 weitere Personen werde Anklage erhoben. Welche genauen Verbrechen ihnen zur Last gelegt werden, war zunächst nicht bekannt. Gegen Al-Baschir und mehrere Mitglieder seiner früheren Regierung liegen Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag unter anderem wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in Darfur vor. **epd**

Jugendliche wollen wählen

Karlsruhe. Der Verein „Mehr Demokratie“ hat gemeinsam mit 14 Jugendlichen eine Wahlprüfungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen den Ausschluss Minderjähriger von der Europawahl eingereicht. „Wir wollen 16- und 17-Jährigen zu ihrem demokratischen Existenzminimum verhelfen“, erklärte Vereinschef Ralf-Uwe Beck. Sie bräuchten eine Stimme und sie seien fähig, diese auch für vernünftige Wahlentscheidungen zu nutzen. Eine Sprecherin des Bundesverfassungsgerichts bestätigte den Eingang einer Wahlprüfungsbeschwerde. **DPA**

IMPRESSUM

Frankfurter Societäts-Medien GmbH

Geschäftsführung: Dr. Max Rempel und Daniel Schöningh

Chefredaktion: Dr. Max Rempel, Matthias Thieme

Chef vom Dienst: Peter Schmitt

Leiter Newsdesk: Sven Weidlich

Die verantwortlichen Redakteure: Politik und Wirtschaft: Dr. Dieter Sattler; Pa-

norama: Pia Roffs; Rhein-Main & Hessen: Christiane Warnecke; Kultur und Service: Michael Kluger; Sport: Kerstin Schellhaas.

Redaktion und Verlag: Postanschrift: 60268 Frankfurt am Main; Haus-

adresse: Frankennallee 4–6, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten. Telefon-

nummer: (0 69) 75 01-0, Fax: (0 69) 75 01-42 92, E-Mail: redaktion@fnp.de; Internet: www.fnp.de

Anzeigen: Achim Pflüger; Anzeigenverkauf: Rhein-

MainMedia GmbH, Postfach 20 02 21, 60606 Frankfurt am Main, Telefonnummer (0 69) 75 01-33 35, Telefax: (0 69) 75 01-41 05.

Anzeigenpreise laut RheinMainMedia-Anzeigenpreisliste Nr. 24a, gültig seit 1. Juli 2019; E-Mail-Adresse: service@rmmn.de; im Internet unter: http://www.rmmn.de

Vertrieb: Monatsbezugspreis: 46,95 Euro (einschließlich Zustellerlohn und Postgebühren 7% MwSt.);

E-Paper/APP 30,45 Euro (incl. 19% MwSt.); Zur Auslieferung des Abonnements werden, soweit erforderlich, Abonnementdaten an spezielle Dienstleistungsunternehmen wie die Medien-

service GmbH und Co. KG und Zustellpartner weitergegeben.

Siehe auch www.fnp.de/abo

Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG, Kurhessenstraße 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf, Telefonnummer: (0 61 05) 98 3-0, Telefax: (0 61 05) 98 3-52 03, Internet: www.fs-druckerei.de

Bankverbindungen: Deutsche Bank, IBAN: DE63 5007 0010 0092 7228 00, BIC: DEUTDEFF;

Commerzbank, IBAN: DE34 5008 0000 0290 0007 00, BIC: COMDE333;

Frankfurter Sparkasse, IBAN: DE76 5005 0201 0000 3550 54, BIC: HELADEF1822; Frankfurter Volksbank, IBAN: DE20 5019 0000 6200 01 39 54, BIC: FVBDFE33;

Postbank, IBAN: DE81 5001 0060 0051 1346 01, BIC: PBNKDE33;

Der Verlag übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Zeichnungen. Täglich mit „Kultur und Service“

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.